

Professor Dr. Diethelm Kleszczewski und Sascha Knaupe, Leipzig*

„Ferrari auf Föhr“

THEMATIK	Revision mit Schwerpunkten in der Zulässigkeit (Falschbezeichnung des Rechtsmittels; teilw. unleserliche Unterschrift des Rechtsanwalts) und Begründetheit (Grundsatz der ununterbrochenen Hauptverhandlung; Richtervorbehalt und Beweisverwertungsverbot der §§ 102, 105 I StPO; Untreue; Vereiteln der Zwangsvollstreckung, Anordnung eines Berufsverbots)
SCHWIERIGKEITSGRAD	Examenskandidaten
BEARBEITUNGSZEIT	4 Stunden
HILFSMITTEL	Gesetzestexte

* Der Verfasser *Kleszczewski* ist Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht und Europäisches Strafrecht an der Universität Leipzig. Der Verfasser *Knaupe* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Lehrstuhl. Die vorliegende Klausur wurde als universitäre Schwerpunktbereichsklausur im Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften an der Universität Leipzig im Wintersemester 2014/15 gestellt. Für Vorarbeiten danken wir Frau Dr. *Katrin Hawickhorst*.

■ SACHVERHALT

Das LG Leipzig verurteilte den A am 2.12.2013 in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen wegen Vereitelns der Zwangsvollstreckung in Tateinheit mit Untreue. Darüber hinaus verhängte das Gericht ein vierjähriges Verbot der Ausübung einer Geschäftsführertätigkeit. Dem Urteil lag der folgende Sachverhalt zugrunde:

Der leichtlebige A ist der Sohn eines erfolgreichen Geschäftsmannes. Dieser wollte den Glauben an eine glänzende Laufbahn seines Sohnes nicht so recht aufgeben und sorgte daher dafür, dass A als alleiniger Geschäftsführer der Rasant-GmbH bestellt wurde, welche Sportwagen des oberen Preissegments vertreibt. A fühlte sich zwar geschmeichelt, sah sich aber durch die ihm übertragene Verantwortung nicht veranlasst, seinen Lebensstil zu ändern. So bestand seine erste, von seinen Befugnissen als Geschäftsführer gedeckte Handlung darin, sich selbst einen kanariengelben Ferrari aus dem Verkaufsraum der Rasant-GmbH als Dienstwagen zuzuweisen und damit regelmäßig über die Autobahn zu brausen. Da der A den Geschäften der Rasant-GmbH ansonsten eher wenig Aufmerksamkeit schenkte, kam es häufiger zu Zahlungssäumnissen, obwohl liquide Mittel vorhanden waren bzw. beschafft werden konnten. Eine kurzfristig einberufene Gesellschafterversammlung untersagte dem A daraufhin, den Ferrari für Fahrten außerhalb des Stadtgebietes zu nutzen.

Als der Vorstandsvorsitzende G der Autohaus-AG, der größten Gläubigerin der Rasant-GmbH, den A am kommenden Tag in dessen Büro aufsuchte und ankündigte, in den kommenden Wochen im Wege der Zwangsvollstreckung die Dienstwagen der Geschäftsführung der Rasant-GmbH pfänden zu lassen, um die gegen die Rasant-GmbH eingeklagten Forderungen beizubringen, ergriff A die Panik. Da er wusste, dass die Forderungen der Autohaus-AG begründet waren, fürchtete er darum, nun endgültig den heißgeliebten Ferrari und den damit verbundenen gesellschaftlichen Status zu verlieren. A beschloss, den Ferrari „in Sicherheit zu bringen“, solange er in seiner Stellung als Geschäftsführer noch Zugriff hierauf hatte. Am kommenden Morgen brachte er den Ferrari daher kurzentschlossen zu seiner Ferienwohnung auf die norddeutsche Insel Föhr, wo er ihn nach einer ausgiebigen Spritztour in der Garage parkte. Damit niemand herausfinden könne, wo sich der Wagen befand, setzte A weder die Gesellschafter der Rasant-GmbH von seiner Spritztour in Kenntnis noch entrichtete er das bei privater Nutzung des Dienstwagens vertraglich vereinbarte Nutzungsentgelt. Zu dessen Zahlung fehlten ihm die nötigen Geldmittel.

Als einige Wochen später der Gerichtsvollzieher GV im Auftrag der Autohaus-AG die Zwangsvollstreckung auf dem Firmengelände der Rasant-GmbH betreiben wollte, war der Ferrari nicht mehr auffindbar. GV, dem gewisse Gerüchte hinsichtlich des Leumundes des A zu Ohren gekommen waren, schaltete die Polizei ein. Der zuständige Beamte erlangte im Zuge der Ermittlungen Kenntnis von einer Ferienwohnung des Vaters des A auf der Insel Föhr und ersuchte den dortigen Polizeimeister P um Hilfe. Er schilderte diesem den gesamten, ihm bekannten Sachverhalt. P besuchte daraufhin am Dienstagmorgen den Nachbarn N und fragte diesen, ob er einen gelben Ferrari gesehen habe. N erzählte dem P begeistert, dass der Sohn seines Nachbarn, der A, wiederholt, zuletzt am letzten Wochenende, mit einem solchen Modell über die Insel spazieren gefahren sei. Den Ferrari habe A danach – wie immer – in seiner Garage geparkt.

P sah seine Gelegenheit gekommen, endlich mal im Alleingang eine Tat aufklären zu können. Um dies auch seinem Vorgesetzten auf dem Festland gegenüber dokumentieren zu können, entschloss er sich, von dem von ihm in der Garage vermuteten Ferrari ein Beweisfoto zu machen. Er überlegte kurz, ob er hierfür nicht zuvor den Ermittlungsrichter E am Amtsgericht in Wyk auf Föhr anrufen solle, der eigentlich für Durchsuchungen zuständig sei. Dessen private Mobiltelefonnummer war zwar in seinem Diensthandy gespeichert. Da er jedoch wusste, dass E zur Hochzeit seiner Tochter aufs Festland gefahren ist, erschien es ihm zu kompliziert, diesen wegen einer solchen Kleinigkeit zu stören oder die Nummer des Vertretungsrichters bei seinen Kollegen zu erfragen. Daher entschied P, dass er als nach schleswig-holsteinischem Landesrecht zuständige Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft die Durchsuchungen auch mal ohne Richter durchführen könne. Schließlich wollte er so schnell wie möglich ein Beweisfoto sichern. P öffnete also die nicht abgeschlossene Garage, fand darin tatsächlich den Ferrari und machte sein Foto. A erfuhr noch am selben Abend von dem „neugierigen“ jungen Polizeibeamten. Als die Polizei am nächsten Nachmittag am Ferienhaus des A erschien, war die Garage leer und der Ferrari nicht mehr auffindbar.

Mit Schreiben vom 5.12.2013, das am selben Tag in den Gerichtsbriefkasten des Landgerichts Leipzig eingeworfen wurde, hat A gegen das Urteil des Landgerichts „Berufung“ eingelegt und erklärt, das Urteil so nicht akzeptieren zu wollen. Mit Schriftsatz vom 3.1.2014 begründete der inzwischen mandatierte Verteidiger V dann das Rechtsmittel des A beim LG Leipzig. V beantragte in dem auf seinem Briefbogen abgefassten Schreiben, das Urteil des LG Leipzig vom 2.12.2013 mit den Feststellungen aufzuheben und die Sache an eine andere

Strafkammer des LG zurückzuverweisen. Den entsprechenden Schriftsatz unterzeichnete er eigenhändig mit seinem vollen Namen. Einzelne Buchstaben des Namens sind dabei nicht eigens erkennbar. Die Unterschrift kann jedoch unter Heranziehung der lesbaren Buchstaben und des Briefkopfes als Namenszug des V entziffert werden.

Neben dem Satz „Ich rüge die Verletzung materiellen Rechts“ und der zutreffenden Behauptung, das Urteil begründe die behauptete Rückfallgefährdetheit des A mit keinem Wort, enthält der als Revisionsbegründung gekennzeichnete Schriftsatz inhaltlich die folgenden, formgerecht erhobenen Verfahrensrügen:

1. V rügt die Verletzung der Maxime der ununterbrochenen Hauptverhandlung gem. § 226 I StPO. Dazu trägt er folgenden Verfahrensablauf vor: Nachdem das Gericht am ersten Verhandlungstag, dem 4.11.2013 eine Beweisaufnahme durchgeführt hatte, wurde aufgrund terminlicher Engpässe der Staatsanwaltschaft am 18.11.2013 ein zweiter Hauptverhandlungstag angesetzt, der nur 30 Minuten dauerte und in dem lediglich der BZR-Auszug des Angeklagten verlesen wurde. Erst am dritten Verhandlungstag am 2.12.2013 wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt.

2. V rügt zudem die Verwertung des von P aufgenommenen „Beweisfotos“. Er schildert den oben aufgeführten Sachverhalt und trägt zutreffend vor, dass das Gericht seine Verurteilung allein auf das Foto des Ferraris in der Garage des A gestützt habe. Dieses hätte jedoch nicht verwertet werden dürfen. Weitere Beweismittel wurden vonseiten des Gerichts nicht in die Hauptverhandlung eingeführt.

Prüfen Sie, inwieweit die Revision Aussicht auf Erfolg hat.

Vermerk: Die §§ 283–283 d StGB und § 15 a InsO sind nicht zu prüfen.